

Nicht fristgerecht enteignet

Das Berliner Immobilien-Business darf sich auf eine Wohltat des Senats freuen: Finanzsenator Elmar Pieroth (CDU) will etwa 400 City-Grundstücke, die bis 1949 von den sowjetischen Besatzern als „Vermögenswerte der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“ konfisziert worden waren, an die alten Eigentümer oder deren Erben zurückgeben.

Die Grundstücke liegen in besten Gegenden, so etwa drei Hausnummern nebeneinander in der Karl-Liebknecht-Straße. Vis-à-vis dem Brandenburger Tor soll ein Eckgrundstück Unter den Linden in private Hand zurückgehen. Das gleiche gilt für das alte Kaufhaus Hertzog in der Brüderstraße.

Pieroths Pläne widersprechen dem 1990 zwischen Bonn und Ost-Berlin geschlossenen Einigungsvertrag. Danach sollten „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) nicht mehr rückgängig“ gemacht werden.

Berlins Finanzsenator will diesen Passus umgehen. Pieroths juristische Kronzeugen, darunter die Anwaltskanzlei des CDU-Parteifreunds Klaus Finkelburg, stellen die Enteignung in der Viermächtestadt durch einseitigen Sowjetschritt als „rechtswidrig“ dar. Außerdem, so argumentieren Pieroths Senatsjuristen listig, sei die

Enteignung nicht fristgerecht vollzogen worden: „Die Liste 3“, auf der die sowjetische Militäradministration die konfiszierten Filetgrundstücke aufzählte, wurde erst im Verordnungsblatt vom 2. Dezember 1949, also nach Gründung der DDR, veröffentlicht.

Pieroth wartet jetzt noch auf zwei im Bundesfinanz- und Justizministerium

bestellte Gutachten. Allerdings sehen die Berliner Senatsjuristen sich mit den Bonner Ministerialen schon „in Übereinstimmung“. Nicht zuletzt wohl, weil Finanzminister Theo Waigel von der neuen Interpretation des Einigungsvertrages kräftig profitieren würde: Bonn müßte deutlich weniger Entschädigungen an enteignete Besitzer zahlen. Berliner Grundstücks-Experten schätzen Waigels mögliche Ersparnis auf „zweistellige Milliardenhöhe“.



Eckgrundstück Unter den Linden

Miserables Klima

Die PDS-Gruppe im Bundestag zerfällt zusehends. Vergangene Woche drohte der Abgeordnete Ulrich Briefs mit Konsequenzen, falls das „Gemisch aus



Briefs

Dilettantismus, Wurstigkeit und Feindseligkeit“ nicht bald ein Ende habe. Briefs beklagt, die Partei arbeite im Bundestag „völlig ineffektiv“ und werde nicht einmal ihren eigenen Ansprüchen gerecht. So habe die PDS ange-

kündigt, das Asylthema zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Als im Parlament über einen entsprechenden Antrag abgestimmt wurde, sei er jedoch der einzige PDS-Vertreter im Plenum gewesen – zum Gespött der anderen Parteien. Briefs will vorerst in der Gruppe bleiben, beschwert sich aber über das miserable Klima unter den Parlamentariern: „Was bei der PDS jetzt läuft, ist schlimmer als bei den Grünen.“ Erst vor fünf Wochen hatte der Abgeordnete Bernd Henn die PDS-Gruppe im Streit verlassen.

Stoltenbergs Empfehlung

Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg wollte Israel ursprünglich weit mehr Kriegsmaterial der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) liefern, als im Verlauf der Panzeraffäre bekannt wurde. Dies ergibt sich aus einem vertraulichen Protokoll über die Sitzung des Bundessicherheitsrates am 27. Februar 1991. Darin heißt es zum „Tagesordnungspunkt 4 (h)“ über die Abgabe „militärischer Ausrüstungsgegenstände und Munition“ aus NVA-Beständen: Minister Stoltenberg „schlägt Zustimmung vor, da die israelischen Wünsche im Rahmen dessen lägen, was wir ihnen zugesagt hätten“. Laut Protokollnotiz sprachen sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann dagegen aus. Unter anderem sollten auch Minenleger und andere Geräte geliefert werden. Als „Resümee“ von Kanzler Helmut Kohl wird sodann festgehalten, den „TOP 4 (h) einvernehmlich zurückzustellen“. Im Verteidigungsausschuß klang dies Anfang November ganz anders: Stoltenberg versicherte, er stehe zu